

Mönchengladbach Made In Europe

Programm für die Kommunalwahl 2025

Volt

Mönchengladbach kann mehr

Mehr Mobilität, mehr Sozialgerechtigkeit, mehr digitale Verwaltung, mehr nachhaltige Wirtschaftsbereiche und mehr Sicherheit im öffentlichen Raum.

Wir von Volt Mönchengladbach setzen uns für eine weltoffene Stadt ein, die lebenswert für alle ist, unterstützt durch eine effiziente Verwaltung. Für diese Stadt braucht es öffentliche Räume, die sicher und kinderfreundlich sind und eine Verwaltung, die effizient, transparent und bürgernah arbeitet.

Dafür müssen verschiedene Bedingungen erfüllt sein: Wohnraum muss sozial durchmischert werden, sowohl nach Einkommen als auch nach Lebensalter. Es müssen öffentliche Räume geschaffen werden, die barrierefrei und familienfreundlich gestaltet sind. Ergänzend dazu braucht es Sportvereine und außerschulische Programme, um Kinder und Jugendliche zu fördern und Betreuung sicherzustellen. Um all das zu erreichen braucht es aber eine effiziente Verwaltung: Mit vollständig digitalisierten Prozessen und mit gut geschulten Mitarbeitenden. Somit können Beantragungswege effizienter gestaltet und die Bearbeitungszeit verkürzt werden. Gleichzeitig sollte die Verwaltung transparenter in ihrer Arbeit gestaltet werden, weswegen ein Bürger*innenkonto eingeführt werden soll.

Bei der Umsetzung unserer Vorschläge bedienen wir uns an Lösungen, die in anderen Städten schon funktionieren. Dabei schauen wir nicht nur auf Kommunen in Deutschland, sondern orientieren uns an Städten europaweit. Denn Volt handelt pragmatisch und lösungsorientiert. Was funktioniert, muss ausgebaut werden. Was scheitert, muss ehrlich reflektiert und verbessert werden. Aus diesem Grund werden in diesem Wahlprogramm auch Best-Practice aus ganz Europa kurz vorgestellt – denn neue Ideen können funktionieren.

Dieses Wahlprogramm ist keine Sammlung an Versprechungen. Es ist ein Kompass für eine verantwortungsvolle Zukunft. Es zeigt auf, wie Mönchengladbach lebenswert, gerecht, sicher und klimaneutral werden kann. Es gibt Antworten – nicht für gestern, sondern für morgen.

Wenn du willst, dass sich etwas ändert, musst du es selbst in die Hand nehmen. Mit uns. Für deine Stadt. Für deinen Stadtteil. Für die nächste Generation.

Inhalt

Nachhaltiges & lebenswertes Mönchengladbach	4
Mobilität in Mönchengladbach	4
Klimagerechtes Mönchengladbach	5
Urbane Lebensräume & Wohnraum in Mönchengladbach	6
Sozial & vielfältiges Mönchengladbach	7
Sozialgerechtes Mönchengladbach	7
Vielfalt und Teilhabe leben	8
Bildungsgerechtigkeit & Familienfreundlichkeit	10
Zukunft gestalten mit Sport & Inklusion	11
Digitales & transparentes Mönchengladbach	12
Digitale Verwaltung und Bürgerservice	13
Open Data und digitale Teilhabe	14
Verwaltung als lernende Organisation	15
Zukunftsfähige Wirtschaft in Mönchengladbach	16
Wirtschaft nachhaltig stärken	16
Start-ups und digitale Branchen fördern	18
Gestärkte Sicherheit in Mönchengladbach	19
Öffentlichen Raum klug gestalten und sozial absichern	19
Kommunalen Ordnungsdienst modernisieren	20
Schlusswort	21
Impressum	22

Nachhaltiges & lebenswertes Mönchengladbach

Nachhaltigkeit bei Volt Mönchengladbach umfasst viele Facetten – Mobilität, Klimaschutz und öffentliche, wie auch private, Flächen. Deswegen muss Nachhaltigkeit selbstverständlich Teil aller politischen Entscheidungen werden, sodass alle Bürger*innen von dieser profitieren können. Sei es durch attraktive Fahrradwege, die Lust darauf machen, das Auto stehen zu lassen oder durch eine begrünte Innenstadt, welche auch in den Sommermonaten zum Verweilen einlädt. Volt Mönchengladbach setzt sich für eine lebenswerte Stadt ein – für alle Bürger*innen.

Mobilität in Mönchengladbach

Mobilität ist mehr als Fortbewegung – sie ist Zugang zu Bildung, Arbeit, Freizeit und gesellschaftlicher Teilhabe. Heute ist das Verkehrssystem in Mönchengladbach noch zu stark auf das Auto ausgerichtet: Eine unzureichende Taktung bei Bussen und unsichere Wege für Fahrradfahrende sowie Fußgänger*innen prägen viele Stadtteile. Wir wollen eine echte Mobilitätswende einleiten, die alle Verkehrsbeteiligten sicher und schnell an ihr Ziel bringt.

Unsere Forderungen:

- **Stärkung des ÖPNV:** Eine höhere Taktung bei Buslinien sowie Prüfungen der Fahrwege, insbesondere bei Buslinien zwischen den Stadtteilen. An realisierbaren Stellen sollen festzugeordnete Busspuren eingeführt werden. Zu Zeiten, in denen keine regulären Busse mehr fahren, sollen On-Demand-Angebote wie „Op Jücker“ diese Lücken zuverlässig schließen.
- **Sicheres Radwegnetz:** Radwege sollen bedarfsorientiert erschlossen werden mit einer getrennten Infrastruktur zwischen Fahrrädern und Kraftfahrzeugen. Zudem sollen Radwege beleuchtet und an realisierbaren Kreuzungen mit grünen Abbiegepfeilen ausgestattet werden. Bereits bestehende Radwege müssen von Wurzeln oder anderen Störungen befreit werden.
- **Mehr Radstellablagen:** An zentralen Stellen, wie an der Hochschule Niederrhein oder an den Bibliotheken, sollen neue Radstellablagen aufgebaut werden. Am Hauptbahnhof soll mit der „Radstation“ ein flexibleres Preismodell ausgehandelt werden, sodass auch bei unregelmäßiger Nutzung eine rund um die Uhr und preisgünstige Entnahme des Fahrrads möglich ist.
- **Errichtung von Mobilitätsstationen:** Es sollen kombinierte Anlaufpunkte für Bus, Bahn, Radstellablagen, Carsharing und E-Ladesäulen entstehen, um Umstiege zu erleichtern und neue Mobilitätsgewohnheiten zu fördern.

- **Rücksicht fordern:** Sicherheit im Straßenverkehr soll gefördert werden. Um das zu erreichen, braucht es mehr Öffentlichkeitsarbeit und Präventionsprogramme kombiniert mit konsequenter Ahndung gefährlichen Falschparkens. Der Fokus liegt dabei auf Rad- und Gehwegen, vor Kreuzungen, Einfahrten, Haltestellen oder auf Behindertenparkplätzen.
- **Verkehrskompetenz stärken:** Kooperation mit Schulen, Seniorenheimen und Betrieben fördern und ausbauen, um mehr Sicherheit für alle Teilnehmenden im Straßenverkehr zu erreichen.

Klimagerechtes Mönchengladbach

Die Klimakrise ist auch in Mönchengladbach spürbar: Hitzesommer, Extremwetterereignisse und der Verlust an Biodiversität stellen unsere Stadt vor große Herausforderungen. Wir wollen **Mönchengladbach bis spätestens 2035 klimaneutral** machen und Klimaanpassung zur Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern erheben. Damit unsere Stadt auch in Zukunft lebenswert und krisenfest bleibt.

Unsere Forderungen:

- **Energie- und Klimaschutz als kommunale Verantwortung:** Ausbau von Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden, insbesondere auf Schulen, Turnhallen und Verwaltungsdächern. Zudem soll die energetische Sanierung des gesamten städtischen Gebäudebestands vorangetrieben werden bei gleichzeitiger Etablierung neuer Standards für energieeffizientes Bauen.
- **Klimaneutralität bis 2035:** Die Stadt soll in allen Bereichen – von Gebäuden bis zum Fuhrpark – verbindlich auf das Ziel der Klimaneutralität hinarbeiten. Gleichzeitig sollen Verkehrsbetriebe konsequent die Umrüstung ihrer Busflotte auf E-Fahrzeuge durchführen. Dazu wird eine Bestandsaufnahme bei den Busbetrieben durchgeführt, um zu prüfen, wie weit die Umrüstung ist und wie diese effizient unterstützt werden kann. Dazu werden weitere Förderungsmaßnahmen überprüft.
- **Grüne Infrastruktur gegen Überhitzung:** Grünflächen und Frischluftschneisen sollen geschützt, gepflegt und ausgeweitet werden. Die Erhaltung von Stadtbäumen, das Pflanzen klimaresistenter Arten sowie die Förderung von urbaner Begrünung – etwa auf Dächern oder an Fassaden – sind wichtige Ansätze gegen Überhitzung. Zuzüglich hilft eine wassersensible Stadtentwicklung mittels des Baus unterirdischer Zisternen zur Verdunstungskühlung sowie begrünten Versickerungsmulden oder Tiefbeeten.
- **Bürgernahe Klimapolitik:** Um Klimaschutz effektiv durchzuführen, braucht es Projekte, bei denen jeder mithelfen kann. Deswegen setzen wir uns für Entsiegelungen von Flächen ein, die dann von ehrenamtlichen Bürger*innen in z. B. für das Urban Gardening, dem Anbauen von Lebensmittel in der Stadt, genutzt werden können. Zudem soll ein Teil der bisher mit Zierblumen bepflanzten Beete mit Wildblumen bepflanzt werden, um einen artenreicheren und kostengünstigeren Lebensraum für Tiere zu ermöglichen.
- **Einführung zusätzlicher Kriterien bei öffentlichen Aufträgen:** Zukünftig sollen Vergaben öffentlicher Aufträge an ökologische und soziale Kriterien gekoppelt werden,

wie z. B. in Düsseldorf. Damit Aufträge nicht nach dem Prinzip des günstigsten Anbieters vergeben werden, sondern an Anbieter, die langfristig die meisten Vorteile für unsere Stadt im Bereich Nachhaltigkeit und Sozialem bieten.

- **Nachhaltige Energien fördern:** Weiterer Ausbau von Windkraftanlagen sowie Repowering von bestehenden Windkraftanlagen, damit alle Windkraftanlagenpotenziale in Mönchengladbach vollständig ausgeschöpft werden. Zudem soll die Geothermie, inklusive der Tiefengeothermie, besser erschlossen und zur Verfügung gestellt werden.
- **Energie bürgernah denken:** Energie zu erzeugen, liegt nicht nur in Händen der Wirtschaft und der Kommune, sondern sollte auch mittels Genossenschaften von Bürger*innen mitgetragen werden können. Die Stadt soll sich deswegen aktiv an Energiegenossenschaften beteiligen und diese darin unterstützen Windkraft und Geothermie zu fördern.

Öffentliche Räume & Wohnraum in Mönchengladbach

Wohnen ist ein Grundrecht. Doch auch in Mönchengladbach steigen Mieten, während viele Menschen mit geringen Einkommen kaum geeigneten Wohnraum finden. Gleichzeitig stehen Gebäude leer oder werden spekulativ gehalten. Zudem fehlt es an Grünflächen und sozialer Infrastruktur. Wir setzen auf eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung, die ökologisch, sozial und bezahlbar ist.

Unsere Forderungen:

- **Konsequente Innenentwicklung:** Die Ausweisung neuer Baugebiete am Stadtrand bedeutet den Verlust wertvoller Freiflächen, längere Wege, mehr Verkehr und teure Erschließungen. Stattdessen fordern wir eine konsequente Innenentwicklung: Baulücken schließen, Brachflächen reaktivieren, leerstehende Gebäude nutzen, z. B. durch Zwischennutzung, Umbau oder Aufstockung.
- **Anwendung des Erbbaurechts:** Wir fordern, dass in Mönchengladbach das Erbbaurecht für bezahlbaren und inklusiven Wohnraum eingeführt wird. Darin enthalten sind eine Quote von mindestens 30 % sozial geförderter Wohnungen sowie eine Quote von 25 % barrierefreier Wohnungen. Beide Quoten sollen über die gesamte Dauer des Erbbaurechtsvertrages gelten. Damit sichern wir eine soziale Teilhabe, eine langfristige Bindung an Vorgaben und kommunales Eigentum bleibt erhalten.
- **Barrierefreie öffentliche Gebäude:** Neubauten für den Zweck der Allgemeinheit, z. B. Arztpraxen, müssen verpflichtend barrierefrei gestaltet werden. Bestandsgebäude sollen bei einem Umbau finanziell gefördert werden. Umbauten im Bereich der privaten Wirtschaft sollen von der Stadt beratend unterstützt werden.
- **Soziale Mischung sichern:** Wir fordern, dass bei neuen Wohnanlagen ein Mindestanteil der Wohnungen für Menschen mit Behinderungen oder Sozialleistungsempfängern bereitgestellt werde. Denn nur durch eine aktive Mischung von Menschen aus verschiedenen sozialen Milieus können langfristig Vorurteile und Barrieren abgebaut werden.

- **Mobilität konsequent einbeziehen:** Wir fordern, dass bei jeder neuen Quartiersplanung von Anfang an sichere Radwege, eine ÖPNV-Anbindung und Stellplätze für Pflegedienste oder andere Lieferservices mitgedacht werden.
- **Bedarfsgerechter Wohnraum:** Der demografische Wandel spiegelt sich auch in dem Bedarf von Wohnfläche wider: Ältere Menschen haben oftmals mehr Wohnfläche, als sie im Alter halten können oder benötigen. Jüngere Menschen hingegen brauchen zur Gründung ihrer Familien genau diese Flächen. Deswegen möchten wir es ermöglichen, dass ein Wohnungstausch unkompliziert und fair durchgeführt werden kann. Sodass die Bedürfnisse aller Bürger*innen, je nach Lebensabschnitt, bedacht werden.
- **Genossenschaften stärken:** Bevorzugung von Wohnungsbaugenossenschaften bei der Vergabe von Bauflächen, damit bei neuen Bauprojekten soziale Aspekte, wie bezahlbares Wohnen oder Barrierefreiheit, von Anfang an mitgedacht werden.
- **Leerräume nutzen:** Förderung von **Zwischennutzungen** leerstehender Gebäude für Kultur, Start-ups oder soziale Initiativen.
- **Zweckentfremdungsverbot in der Verwaltung verankern:** Wir fordern, dass das Zweckentfremdungsverbot verbindlich in das kommunale Handeln forciert wird. Damit konsequent gegen den Missbrauch durch Ferienwohnungen oder spekulativen Leerstand vorgegangen werden kann.

Best Practice: Wien – Stadtviertel „Seestadt Aspern“

Die österreichische Hauptstadt zeigt, wie sozialer und ökologischer Wohnungsbau funktionieren kann: ein neues Stadtviertel mit 10.000 Wohnungen, Schulen, Gewerbe, Kultur und Grünflächen – autofrei, durchmischt und lebendig. Wien beweist, dass bezahlbarer Wohnraum, soziale Vielfalt und hohe Lebensqualität vereinbar sind.

Sozial & vielfältiges Mönchengladbach

Wir von Volt glauben: Jeder Mensch braucht faire Chancen, um am sozialen, wie auch kulturellen Leben teilnehmen zu können. Aus diesem Grund wird besondere Förderung für die Menschen benötigt, die aufgrund ihrer Herkunft, ihres Alters oder ihrer Behinderung von Benachteiligung bedroht sind. Deswegen setzen wir uns für ein sozialesgerechtes Mönchengladbach ein, in welchem Teilhabe möglich ist und Bildung dort gefördert wird, wo sie besonders gebraucht wird. Zudem wollen wir durch die Stärkung von Sportvereinen Inklusion vorantreiben und Sprach- und Herkunftsbarrieren verringern.

Sozialgerechtes Mönchengladbach

Mönchengladbach ist eine Stadt mit viel Potenzial, aber auch mit sozialen Gegensätzen. Während einige Stadtteile sich weiter entwickeln, leiden andere unter Armut, Bildungsbenachteiligung und schlechter Infrastruktur. Unser Ziel ist, dass alle Menschen

unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Lebensrealität ein gutes und selbstbestimmtes Leben führen können.

Unsere Maßnahmen:

- **Arbeit und Teilhabe fördern:** Stärkung von Programmen und Vereinen, z. B. „Volksverein Mönchengladbach“ oder „Palästinensische Gemeinde zu Mönchengladbach e.V.“, die Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende oder Menschen mit Migrationshintergrund in Arbeit und Teilhabe bringen. Für Menschen mit Behinderung soll zusätzlich zur „Fachstelle für behinderte Menschen im Arbeitsleben“ ein Programm eingeführt werden, mit welchem der Einstieg in Ausbildung oder Beruf unterstützt wird.
- **Soziale Infrastruktur als Leitfaden:** Einführung verpflichtender Sozialfolgenabschätzungen bei jeder neuen Bauleitplanung, damit soziale Infrastruktur – von Kitas bis zur Pflegeeinrichtung – immer mitgedacht und bewertet wird.
- **Geflüchtete in regulären Wohneinheiten unterbringen:** Integration beginnt mit dem Wohnort. Deswegen fordern wir, dass Geflüchtete in regulären Wohneinheiten untergebracht werden. Zusätzlich sollen diese Menschen von Integrationslots*innen und Nachbarschaftsmentor*innen begleitet werden, ergänzt durch eine gezielte Sprachförderung.
- **Wohnungslosigkeit bekämpfen, anstatt zu verschieben:** Das Beispiel des Seecontainers hat gezeigt – die Einrichtung von Zufluchtsorten führen nicht zu Verringerungen von Obdachlosigkeit, sondern verschärfen sie im schlimmsten Fall. Aus diesem Grund fordern wir eine Bekämpfung der Wohnungslosigkeit durch konsequente Anwendung des *Housing-First-Prinzips*.
- **Konzept zum nachhaltigen Umgang mit der Drogenszene in Mönchengladbach:** Volt fordert, dass das langfristig geplante, wissenschaftlich begleitete Konzept in ein mittelfristiges Ziel umgewandelt wird. Damit kann sichergestellt werden, dass sich die Erarbeitung des Konzepts aufgrund unvorhergesehener Faktoren nicht unnötig verzögert.

Best Practice: Helsinki – Housing First

Die finnische Hauptstadt hat Wohnungslosigkeit durch einen klaren Paradigmenwechsel fast abgeschafft: Menschen erhalten zuerst eine Wohnung – ohne Bedingungen. Erst danach folgen Hilfsangebote. Dieses Modell hat die Zahl obdachloser Menschen drastisch reduziert und die Lebensqualität deutlich verbessert.

Vielfalt & Teilhabe leben

Mönchengladbach ist vielfältig – kulturell, sozial, religiös und altersbezogen. Doch diese Vielfalt spiegelt sich nicht immer in den Institutionen, Förderungen oder Entscheidungsstrukturen der Stadt wider. Deswegen setzt sich Volt aktiv für Inklusion, Antidiskriminierung und Beteiligung ein.

Unsere Maßnahmen:

- **Ausbau des Bürgerportals „Beteiligung NRW“:** Mit dem Projekt „smartcity“ hat Mönchengladbach die ersten Schritte in die digitale Beteiligungen von Bürger*innen gemacht. Aber das NRW-weite Portal „Beteiligung NRW“ ist für Volt Mönchengladbach noch nicht ausreichend – zu unübersichtlich, zu wenig Bekanntheit, kaum Nutzung seitens der Bürger*innen. Wir fordern ein Bürgerportal, welches einfach zu bedienen, barrierefrei ist und die Möglichkeit bietet, eigene Vorschläge einzureichen und zur Diskussion zu stellen. Zudem soll es die Funktion geben, Veranstaltungen o. ä. über soziale Netzwerke weiterzuleiten, sodass eine niederschwellige Teilhabe erreicht wird.
- **Jugendparlament weiterdenken:** Aktuell besitzt das Jugendparlament eine beratende Rolle – aus Sicht der Teilhabe ist das noch zu wenig. Wir fordern, dass die Vertreter*innen vom Jugendparlament verbindlich in alle Entscheidungen mit einbezogen werden, in denen sie dauerhaft oder als beratende Instanz hineingewählt werden.
- **Dauerhafte Förderung vor projektbezogener Finanzierung:** Um Hilfe geben zu können, braucht es Vertrauen und für Vertrauen braucht es Zeit. Deswegen sollen Finanzierungen für interkulturelle Zentren, queere Räume, z. B. für das Jugendzentrum „True Colour“, o. ä. nicht nur rein projektbezogen finanziert, sondern dauerhaft in das Budget der Stadt mit aufgenommen werden.
- **Förderprogramme dort, wo sie besonders gebraucht werden:** Kommunale Förderprogramme sollen nach dem Prinzip der **intersektionalen Gerechtigkeit** priorisiert werden. Intersektionale Gerechtigkeit umfasst dabei die besonderen Lebensrealitäten von queeren Jugendlichen, migrantischen Frauen oder Menschen mit Behinderung.
- **Diskriminierung gezielt entgegenwirken:** Wir fordern die Einrichtung einer kommunalen Antidiskriminierungsstelle mit unabhängiger Beschwerdemöglichkeit. Betroffene sollen verschiedene Beratungsangebote erhalten und gemeinsam mit der Hochschule Niederrhein sollen Präventionsmaßnahmen für Schulen und Verwaltung entwickelt und durchgeführt werden.
- **Engagement und Ehrenamt stärken:** Mit Hilfe von Mikroförderprogrammen sollen Ehrenämter und Nachbarschaftsinitiativen, z. B. das Anlegen und Pflegen von Pocket Parks, gezielt in benachteiligten Vierteln unterstützt werden. Dadurch wird das Stadtklima nicht nur ökologisch, sondern auch sozial verbessert.

Best Practice: Barcelona – Decidim

Barcelona hat mit „Decidim“ eine digitale Beteiligungsplattform aufgebaut, über die Bürger*innen Ideen einbringen, diskutieren und abstimmen können. Alle Prozesse sind transparent, mehrsprachig und barrierearm gestaltet – ein Modell, das besonders junge und bisher wenig beteiligte Gruppen anspricht.

Bildungsgerechtigkeit & Familienfreundlichkeit

Bildung ist der Schlüssel zu Chancengleichheit, gesellschaftlicher Teilhabe und wird für eine robuste Demokratie benötigt. Volt Mönchengladbach setzt sich für eine ganzheitliche Bildungsstrategie ein, die frühkindliche Förderung, Schule, außerschulisches Lernen und Übergänge ins Berufsleben zusammenführt. In Mönchengladbach wollen wir Bildungs- und Familienpolitik zusammendenken.

Unsere Maßnahmen:

- **Frühkindliche Betreuung fördern:** Um die angespannte Situation in der frühkindlichen Betreuung zu entschärfen, setzen wir uns für eine flächendeckende Vergütung während der Ausbildungszeit für Erzieher*innen ein. Diese Vergütung soll dann im Berufsleben in fairer Bezahlung übergehen, sodass auch zukünftig garantiert ist, dass gut ausgebildetes Personal in Kitas zur Verfügung steht. Zudem sollen die Gruppengrößen in Kitas verkleinert werden. Um kurzfristig Versorgungslücken zu schließen, sollen auch privat organisierte Kinderunterstützung, z. B. Tagesmütter, geschult und gefördert werden.
- **Digitalen Ausbau von Schulen vorantreiben:** In Mönchengladbach braucht es in allen Schulen stabile WLAN-Netze und eine einheitliche kommunale Collobarationsplattform. Damit wird allen Schüler*innen und Lehrer*innen ermöglicht, auf Lerntechniken zuzugreifen und einheitlich Informationen untereinander austauschen zu können. Ergänzend dazu sollen überall digitale Tafeln eingerichtet werden, gekoppelt mit einer verpflichtenden Schulung, sodass Lehrer*innen unabhängig vom Alter oder Vorwissen diese Geräte nutzen können.
- **Aufbau eines Geräte-Leihsystems:** Kinder aus einkommensschwachen Familien sollen die Chance erhalten, für den Unterricht relevante Geräte unkompliziert ausleihen zu können. Solche Geräte können dabei nicht nur Rechner oder Tablets umfassen, sondern auch Ausstattungen für AG´s oder andere außerschulische Aktivitäten.
- **Ganztagsbetreuung stärken:** Wir wollen offene Ganztagschulen – kurz OGS – weiter ausbauen. Dafür braucht es genug Investitionen für Umbauten und Neubauten, um den Bedarf an OGS zu decken. Gleichzeitig sollen die Angebote der OGS qualitativ verbessert und für alle zugänglich gemacht werden: mit gezielten Förderangeboten in Sport, Musik und kultureller Bildung.
- **Gesundes Essen für alle Kinder:** Jedem Kind, welches eine OGS besucht, wird seitens der Stadt eine warme Mahlzeit angeboten. Das unterstützt Volt, möchte aber noch einen Schritt weiter gehen: Wir wollen einen einheitlichen Standard bei den warmen Mahlzeiten etablieren, sodass allen Kindern, unabhängig vom Standort, eine nahrhafte Mahlzeit angeboten werden kann. Wenn bauliche Maßnahmen eine temporäre Umsetzung nicht ermöglichen, sollen mit Drittanbietern Konzepte zur Sicherstellung der Versorgung erarbeitet werden. Zudem fordern wir auch, dass Projekte im Bereich von Frühstück gefördert werden.

-
- **Multiprofessionelle Unterstützung in Schulen:** Um den vielfältigen Herausforderungen an Schulen zu begegnen, braucht es professionelle und ehrenamtliche Unterstützung. Deswegen fordern wir den Aufbau und Einsatz von multiprofessionellen Teams an allen Schulen, bestehend aus Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen, Sonderpädagog*innen und Ehrenamtlich*innen.
- **Außerschulische Bildung ermöglichen:** Wir wollen informelle Lernorte in Mönchengladbach ausbauen, sodass Bildung nicht nur im schulischen Kontext stattfindet. Dafür sollen Jugendzentren und Bibliotheken in Ausstattung und angebotenen Programmen ausgebaut werden. Ergänzend dazu soll für alle Schulformen digitale Nachhilfe angeboten werden, sodass Unterstützung beim Lernen orts- und einkommensunabhängig stattfinden kann. Die Nachhilfelehrer könnten u. a. an der Hochschule Niederrhein gewonnen werden.
- **Familienfreundliche Stadtplanung:** Damit Mönchengladbach eine lebenswerte Stadt bleibt, braucht es mehr Unterstützung für Familien. Deswegen müssen familienfreundliche Orte, z. B. sonnengeschützte Spielanlagen für Kinder oder Abstellmöglichkeiten für Kinderwagen, bei der Stadtplanung von Anfang an mitgedacht werden. Aber auch Schulwege müssen gesichert werden, z. B. durch die Absenkung von Bordsteinen oder durch die Einrichtung von sogenannten „Schulstraßen“.
- **Familienfreundlichkeit in den Alltag:** Damit Familien selbstbestimmt ihrem Alltag nachgehen können, braucht es mehr flexible Betreuungsangebote in Form von Kitaplätzen, OGS oder auch bezahlbare, externe Betreuungsangebote. Dabei müssen Alleinerziehende gezielt unterstützt werden, angefangen bei Beantragungen von Fördermitteln bis hin zur Auswahl von Betreuungsangeboten.

Best Practice: Mannheim – Bildungsmonitoring

Die Stadt Mannheim koordiniert Bildung systematisch über ein zentrales Bildungsbüro. Dieses stellt sicher, dass Ressourcen dort ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht werden. So werden Doppelstrukturen vermieden und benachteiligte Kinder besser erreicht – ein Ansatz, den auch Mönchengladbach übernehmen kann.

Zukunft gestalten mit Sport & Inklusion

Bildung und Bewegung sind die Säulen einer zukunftsfähigen Kommune. Volt Mönchengladbach setzt sich für eine innovative, chancengerechte und vernetzte Bildungs- und Sportlandschaft ein. Unser Ziel ist es, alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft zu fördern – sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich.

Unsere Maßnahmen:

- **Schule und Verein verbinden:** Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen OGS und lokalen Sportvereinen systematisch stärken. Die Angebote sollen dabei inklusiv gestaltet und einen pädagogischen Mehrwert haben – sodass nicht nur Ehrgeiz im Sport gefördert wird, sondern echtes Teamgefühl und Spaß an Bewegung. Deswegen sollen Vereine zusätzlich finanziell unterstützt werden, wenn sie sich dauerhaft an OGS-Angeboten beteiligen.

- **Kultur und Schule verbinden:** Städtische Kulturangebote z. B. Museen oder die VHS, sollen OGS-taugliche Programme entwickeln. Damit wird die Vielfalt und Qualität der angebotenen Programme erhöht und Raumknappheiten in den Schulen kurzfristig gelöst.
- **Kinder-Fahrservice:** Wir setzen uns für ein kommunales Mobilitätsangebot ein, das Kinder sicher und zuverlässig von der OGS zu ihren Sportvereinen bringt. Dafür sollen Fahrdienstangebote eingeführt werden. Diese Fahrdienste können z. B. durch freiwillige Helfer*innen oder städtische Kleinbusse umgesetzt werden. Damit werden mehr Sportangebote ermöglicht und Familien entlastet.
- **Sportstätten sanieren und öffnen:** Hallen und Plätze sollen modernisiert, barrierefrei und auch außerhalb der Schulzeiten zugänglich sein. Dabei sollen sozial benachteiligte Bezirke priorisiert werden, um jedem Kind eine Teilhabe an Sport zu ermöglichen.
- **Zentrale Ansprechstelle für Sport einrichten:** Damit Vereine sich auf ihre Hauptaufgabe konzentrieren können, braucht es standardisierte und vereinfachte Prozesse in der Kommune. Deswegen fordern wir, dass es eine zentrale Stelle für Anfragen von Vereinen gibt, die die Anliegen mit den weiteren Verantwortlichen gebündelt besprechen.
- **Ehrenamt und Vereinsleben stärken:** Wir fordern faire Hallenzeitenvergaben und gezielte Förderprogramme für inklusive und geschlechtergerechte Angebote. Zudem sollen die Angebote an geeigneten Stellen beworben werden.
- **Sport inklusiver gestalten:** Durch den Aufbau von Sportgruppen mit inklusivem Charakter werden Angebote entwickelt, die das soziale Miteinander in den Vordergrund stellen. Für die Umsetzung solcher Angebote braucht es speziell ausgebildete Übungsleiter*innen, weswegen die Kosten für Fortbildungen zum Thema Inklusion erstattet werden sollen. Zudem sollen langfristig Angebote für schwerbehinderte Menschen in Mönchengladbach ermöglicht werden. Dafür braucht es zusätzliche Investitionen in ausgesuchten Sporthallen und eine gute Vernetzung mit angrenzenden Städten, um zielgerichtet Sportarten anbieten zu können.

Digitales & transparentes Mönchengladbach

Die digitale Transformation betrifft alle Lebensbereiche – von der Verwaltung über Bildung und Mobilität bis hin zur politischen Beteiligung. In Mönchengladbach stockt dieser Wandel noch zu oft: analoge Formulare, unübersichtliche Webseiten oder intransparente Verfahren erschweren das Leben der Bürger*innen. Wir wollen Mönchengladbach zu einer digitalen Vorreiterstadt machen, in der alle profitieren. Denn eine moderne Verwaltung ist das Rückgrat einer Stadt.

Digitale Verwaltung & Bürgerservice

Eine moderne Verwaltung muss einfach, schnell und transparent funktionieren. Bürger*innen erwarten, dass sie ihre Anliegen unkompliziert erledigen können – unabhängig von Zeit und Ort. Deswegen fordert Volt Mönchengladbach, dass die Verwaltung sich als geschlossenes System sieht und danach auch handelt. Ideen, die in einem Fachbereich funktionieren, sollen unkompliziert in andere Fachbereiche übernommen werden.

Unsere Maßnahmen:

- **Verwaltungsportal „ServicePortal“ ausbauen:** Alle von der Stadt angebotenen Dienste müssen online in dynamischen Formularen zur Verfügung stehen. Anträge, bei denen Dokumente vorab vorgelegt werden können, sollen diese Funktion in ihrem Antragsweg erhalten. Das Terminvergabe-Tool soll überarbeitet werden, sodass verschiedene Filter für die Ansichten genutzt werden können – damit Bürger*innen auf einen Blick sehen können, an welchem Tag ein Termin frei ist und sich nicht durch alle Antragsstellen klicken müssen.
- **Ergänzung des „ServicePortal“ mit einem digitalen Bürger*innenkonto:** Wir fordern zusätzlich zum „ServicePortal“ ein digitales Bürger*innenkonto, in welchem der Bearbeitungsstand aller eingereichten Formulare jederzeit einsehbar ist. Die Erarbeitung solch eines Projekts kann in gemeinsamer Kooperation mit der Hochschule Niederrhein stattfinden.
- **Einmalige digitale Datenerfassung:** Alle Daten sollen der Stadt digital übermittelt werden können – über dynamische Formulare oder über barrierefreie PDF-Formulare, die automatisiert von der Stadt ausgelesen werden. Daten, die einmal erfasst worden sind, z. B. die aktuelle Anschrift, sollen zentral gespeichert und digital weiterverarbeitet werden. Egal ob bei der Übermittlung in einen anderen Fachbereich oder als bestehende Information in weiteren Anträgen. Damit wird die Bearbeitungszeit verkürzt und die Qualität von Anträgen verbessert, sowohl bei Nutzenden als auch bei Bearbeitenden.
- **Mehrsprachigkeit & Barrierefreiheit** Alle von der Stadt zur Verfügung gestellten Dienste – egal ob auf Webseiten oder in Apps – müssen nach WCAG-Kriterien barrierefrei und in mehreren Sprachen verfügbar sein. Ergänzend zur Barrierefreiheit muss es auch in allen digitalen Angebotsformen klar ersichtlich ein alternativer Antragsweg dargestellt werden, welcher eine Beantragung ohne digitale Hilfsmittel ermöglicht.
- **Ortsunabhängiger Bürgerservice:** Wir fordern, dass die Verwaltung einen gewissen Prozentsatz ihrer Leistungen auch als digitale Beratungen- und Servicetermine anbietet. Diese Leistungen sollen wie Vor-Ort Termin gebucht werden können und mittels Videos durchgeführt werden. Damit wird eine flexible Teilnahme an Beratungen und Terminen ermöglicht.
- **Vereinfachung von Genehmigungsverfahren:** Genehmigungen sind ein wichtiger Bestandteil des kommunalen Handelns. Aber oftmals sind die Prozesse, die sich hinter den Genehmigungsverfahren befinden, kompliziert und langwierig. Deswegen fordern wir eine Überprüfung der Genehmigungsprozesse mit dem Ziel, diese langfristig zu

standardisieren und zu vereinfachen. Die ersten Pilotprojekte sollten dabei im Bereich des Baugewerbes oder in der Gastronomie durchgeführt werden.

- **Transparentes Verwaltungshandeln:** Damit Fragen von Bürger*innen von Anfang an seitens der Verwaltung beantwortet werden können, fordern wir die Einrichtung eines öffentlichen Verwaltungs-Dashboards. In diesem werden Kennzahlen zu Anträgen, Bearbeitungsdauer und Fortschritte bei Projekten verständlich aufgezeigt.
- **Anlaufstelle für nationale Bürger*innen schaffen:** Einrichtung eines **Welcome Desks** für neue Bürger*innen, der mehrsprachige Informationen zu Wohnen, Bildung und Arbeit bündelt. Ergänzend dazu sollen Informationen rund um kulturelle Angebote und Austauschmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden.

Best Practice: Tallinn – Digitale Verwaltung

Estlands Hauptstadt zeigt, wie digitale Verwaltung funktioniert: Fast alle Behördengänge können online erledigt werden – vom Kita-Platz bis zur Unternehmensgründung. Ein sicheres Bürger*innenkonto macht Abläufe transparent, schnell und nachvollziehbar.

Open Data & digitale Teilhabe

Transparenz ist die Grundlage für Vertrauen in Politik und Verwaltung. Informationen dürfen dabei nicht nur gesammelt und veröffentlicht werden, sondern es muss darauf geachtet werden, dass diese Informationen nachvollziehbar und auffindbar sind. Gleichzeitig darf niemand ausgeschlossen werden, weil technische Ausstattung oder Wissen fehlen.

Unsere Maßnahmen:

- **Open-Data Projekte fördern:** Wir fordern, dass das zentrale Open-Data Portal mit weiteren Datensätzen ergänzt wird, z. B. im Bereich Verkehr oder Bildung. Die Datensätze müssen aktualisiert und benutzerfreundlich zur Verfügung gestellt werden, sodass Entwicklungen in der Stadt für alle Bürger*innen transparent und faktenbasiert einsehbar sind.
- **Smart City weiter ausbauen:** Das Projekt „smartcity“ hat mittels verschiedener Testläufe schon die ersten Ergebnisse erzielen können. Wir fordern, dass die smarte Infrastruktur weiter ausgebaut und in dem bereits bestehenden Dashboard ergänzt wird. Dabei ist es wichtig, dass die Daten mittels Hilfsfeldern auch für Laien verständlich erklärt sind und das Dashboard, mit dem die Open-Data verknüpft wird. Da es sich um zwei verschiedene Plattformen handelt, bietet sich ein gemeinsamer, webbasierter Einstieg an.
- **Ausbau zentraler digitaler Angebote:** Bereitstellung von kostenlosem WLAN in Bibliotheken, Bürgerzentren, Schulen und öffentlichen Plätzen. Ergänzend dazu sollen PC-Arbeitsplätze und Druckstationen inklusive einem Kontingent an kostenfreien Ausdrucken zur Verfügung gestellt werden.
- **Digitale Grundbildung für jeden:** Stärkung der Volkshochschule (VHS) als Ort digitaler Grundbildung – mit Kursen in Medienkompetenz, Online-Banking oder digitaler Kommunikation. Diese Angebote sollen verstärkt beworben werden, sowohl an öffentlichen Orten als auch medial auf verschiedenen Kanälen.

- **Unterstützung bei digitalen Fragen vor Ort:** Einrichtung von ehrenamtlichen Digitalpat*innen in Stadtteilzentren oder Bibliotheken, die kostenlose Unterstützung bei digitalen Fragen leisten. Damit bei der Digitalisierung keiner auf der Strecke bleibt.

Best Practice: Ulm – Digitale Teilhabe

Die Stadt Ulm verbindet ihr Open-Data-Angebot konsequent mit aktiver Teilhabeförderung: Über Workshops, Hackathons und Bildungsangebote in der Stadtbibliothek entstehen echte Begegnungsräume zwischen Technologie und Gesellschaft. Bürgerinnen werden nicht nur als Nutzerinnen verstanden, sondern als Mitgestalter*innen einer digitalen Stadt. Gleichzeitig bietet Ulm als eine der ersten Städte Deutschlands ein kombiniertes Angebot aus digitaler Geräteausleihe, Kursprogramm und persönlicher Beratung – kostenfrei und in allen Stadtteilen zugänglich.

Verwaltung als lernende Organisation

Verwaltung muss sich ständig weiterentwickeln – mit qualifizierten Mitarbeiter*innen und neuen Methoden. Zudem braucht es bei Problemlösungen Zusammenarbeit mit Bürger*innen, um Lösungen zu entwickeln, die auch genutzt werden. Für all das braucht es klare Regelungen bei der Verarbeitung von Daten, bei der Nutzung von Tools und die Sicherheit, dass unsere Daten geschützt sind.

Unsere Maßnahmen:

- **Innovation als Organisationsaufgabe:** Einrichtung von Innovationsteams in jedem Fachbereich, die Prozesse überprüfen, Pilotprojekte entwickeln und ressortübergreifende, digitale Ideen voranbringen. Damit die Stadt flexibler Herausforderungen erarbeiten kann.
- **Digitale Kompetenzen für Mitarbeitende:** Regelmäßige Fortbildungen zu digitalen Tools, Datenschutz und Projektmanagement für alle Verwaltungsmitarbeitenden. Mitarbeitenden soll es zudem ermöglicht werden, sich mit anderen Institutionen über Best-Practice auszutauschen und diese in ihrem Arbeitsalltag zu integrieren.
- **Gemeinsam Lösungen erarbeiten:** Einführung von sogenannten „Co-Creation“ Formaten: Verwaltung, Forschende, Vereine und Bürger*innen entwickeln mit wissenschaftlich bewährten Methoden gemeinsame Lösungen, z. B. für digitale Services. Diese Formate können sowohl vor Ort als auch digital stattfinden und sollen vor allem bei großen Änderungen eine effiziente Lösung erarbeiten.
- **Schutz vor Cyberangriffen:** Angriffe auf Verwaltungen in den letzten Jahre haben gezeigt: Nur eine geschützte Verwaltung kann im Ernstfall noch handeln. Aus diesem Grund fordern wir die Stärkung bisher bestehende Cybersicherheitsmaßnahmen sowie der schnellere Aufbau eines Notfallkonzepts bei einem Cyberangriff. Ergänzend dazu sollen Bedrohungslagen, besonders im Bereich Kritische Infrastrukturen (KRITIS), von der Stadt erarbeitet und auf geeigneten Wegen auch den Bürger*innen zur Verfügung gestellt werden.
- **Datensouveränität für Bürger*innen:** Jede Person entscheidet selbst, welche Daten wie genutzt werden. Dazu braucht es schnelle Datenauskünfte sowie transparente Löschrechte.

- **Klare Regeln für Algorithmen und KI-Einsatz:** In der Verwaltung dürfen nur dort Algorithmen genutzt werden, wo sie nachvollziehbar, diskriminierungsfrei und auditierbar sind. Digitale Entscheidungen müssen genauso transparent bleiben wie aktienbezogene Entscheidungen.

Zukunftsfähige Wirtschaft in Mönchengladbach

Eine starke Wirtschaft ist Grundlage für soziale Sicherheit, Innovation und Lebensqualität in unserer Stadt. Doch Strukturwandel, Klimaschutz und Digitalisierung stellen Mönchengladbach vor neue Herausforderungen. Fachkräftemangel, Umstellung auf nachhaltige Betriebsmittel und eine stärkere Einbindung von Technologien sind nur beispielhafte Fragestellungen, die sich die Betriebe stellen.

Unsere Antwort ist eine Wirtschaftspolitik, die soziale und ökologische Verantwortung mit Innovationskraft verbindet.

Wirtschaft nachhaltig stärken

Wir wollen Mönchengladbach zu einem Standort entwickeln, der durch Vielfalt, Nachhaltigkeit und Zukunftsorientierung überzeugt. Unsere Wirtschaft braucht den Platz und die Bedingungen, um zukünftig und innovativ zu handeln. Gleichzeitig muss aber auch der Nachwuchs der Wirtschaft gefördert werden, weswegen wir Ausbildungsbetriebe unterstützen – durch Vermittlung von geeigneten Auszubildenden, vereinfachte Bürokratie und sanierten Berufsschulen.

Unsere Maßnahmen:

- **Gewerbeflächen effizienter nutzen:** Um den hohen Bedarf an Gewerbeflächen zu decken, braucht es zukunftsgerichtete Konzepte. Einzelhandelsflächen sollen dort, wo keine Revitalisierung mehr möglich ist, zurück oder umgebaut werden. Bestehende Gewerbegebiete sollen besser erschlossen werden, z. B. durch den Ausbau von E-Ladepunkte und verbesserten ÖPNV-Anbindungen. Bei der Vergabe neuer Gewerbegebiete müssen nachhaltige und klimagerechte Aspekte mitbedacht werden.
- **Gewerbeflächen nachhaltig entwickeln:** Neue Gewerbegebiete sollen klimaangepasst, verkehrsgünstig und energieeffizient geplant werden – mit Dachbegrünung, Solarnutzung, Regenwasserspeicherung und guten Verkehrsanbindungen. Auch bestehende Flächen, z. B. Nordpark oder Regiopark, sollen nachgerüstet werden.
- **Kleine und mittlere Unternehmen bürokratisch entlasten:** Bürokratische Vorgänge belasten vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

unverhältnismäßig schwer. Um diesen Arbeitsaufwand zu verringern, fordern wir, dass Genehmigungsverfahren dahin geprüft werden, ob sie für KMUs in geringem Umfang durchgeführt werden können. Zudem sollen Termine zeitnah und flexibel zur Verfügung gestellt werden.

- **Zukunftsbranchen fördern:** Für eine stabile Wirtschaft braucht es Branchen, die langfristig und nachhaltig unsere Stadt stärken. Deswegen fordern wir die Förderung von Zukunftsbranchen, wie Umwelttechnologien, digitale Gesundheitswirtschaft, urbane Produktion, nachhaltige Logistik und Pflegewirtschaft.
- **Quereinstieg in Klimaschutzberufen fördern:** Ergänzend zur Förderung von Zukunftsbranchen soll auch der Quereinstieg in diese Berufe ermöglicht werden. Somit fordern wir Qualifizierungsprogramme, Umschulungen und berufsbegleitende Fortbildungen für Klimaschutzberufe.
- **Etablierung einer robusten Kreislaufwirtschaft:** Die Stadt soll Unternehmen aktiv bei der Umstellung auf Kreislaufmodelle unterstützen – etwa durch Beratung, Netzwerkveranstaltungen oder die Förderung von Second-Hand-Initiativen, Repair-Cafés und Mehrwegsystemen. Damit „Wiederverwendung“ unkompliziert und auch mit wenig Einkommen möglich ist.
- **Berufsschulen attraktiv gestalten:** Sanierung und Ausbau von Berufsschulen, inklusive moderner Werkstätten und digitaler Infrastruktur. Verkehrsanbindungen sollen dort, wo es noch keine Möglichkeit zur Anreise mittels Busses, Fahrrad o. ä. Verkehrsmitteln gibt, ausgebaut werden.
- **Auszubildene mobil machen:** Für eine erfolgreiche Ausbildung braucht es die Möglichkeit, flexibel zum Ausbildungsbetrieb zu kommen. Deswegen wollen wir nachhaltige Mobilitätsformen unterstützen, z. B. durch Zuschüsse bei ÖPNV-Nutzung oder bei der Möglichkeit Leihräder zu nutzen.
- **Ausbildungsinhalte erweitern:** Ausbau praxisnaher Ausbildungsprogramme in Kooperation mit Betrieben, Handwerk und der Hochschule Niederrhein. Diese Kooperationen sollen auch Städteübergreifend zur Verfügung gestellt werden.
- **Schnelle Arbeitserlaubnis für Asylsuchende:** Menschen, die bei uns Asyl suchen, sollten schnell in den Arbeitsmarkt integriert werden. Das fördert zum einen unsere lokale Wirtschaft, zum anderen ermöglicht es diesen Menschen eine reale Teilhabe an unserer Gesellschaft. Deswegen fordern wir, dass Sprachkurse zu flexibleren Zeiten zur Verfügung gestellt werden und ausländische Berufsausbildungen von Asylsuchenden schneller bearbeitet werden.

Best Practice: Freiburg – Green Industry Cluster

Die Stadt Freiburg zeigt, wie eine lokale Wirtschaftspolitik Klimaschutz und Innovation verbindet: Mit einem Netzwerk für nachhaltige Branchen, Förderprogrammen für Start-ups und einer engen Verknüpfung von Forschung und Unternehmen. Dadurch entstehen Arbeitsplätze in erneuerbaren Energien, Kreislaufwirtschaft und grüner Technologie.

Start-ups und digitale Branchen fördern

Junge Unternehmen sind Treiber für Innovation und Zukunftsbranchen. Volt Mönchengladbach setzt sich für eine kommunale Start-up-Strategie ein, damit gute Ideen nicht einfach so wegziehen, sondern lokal bleiben.

Unsere Maßnahmen:

- **Raum für Start-Ups schaffen:** Junge Unternehmen brauchen bezahlbaren Raum, um ihre Ideen umsetzen zu können. Deswegen setzen wir uns für bezahlbare Co-Working Spaces sowie für Vermittlungen von vakanten Gewerbeflächen ein. Benötigte Infrastrukturen werden finanziell unterstützt und Beratungen und Förderung werden zentral und ortsunabhängig zur Verfügung gestellt.
- **Das „Wissens- und Innovationscampus“ stärker fördern:** Wir fordern, dass der „Wissens- und Innovationscampus“ vor 2030 schon für Forschung, Gründerfabriken, Start-Ups und bürgernahe Formate zur Verfügung gestellt wird. Damit Innovation und Teilhabe nicht auf sich warten lassen.
- **Start-Ups finanziell unterstützen:** Erleichterter Zugang zu Kapital und Beratungsangeboten für junge Unternehmen, besonders in den Bereichen Klimaschutz, Ressourceneffizienz und soziale Innovation. Zudem kann ein Fond eingerichtet werden, der durch die Stadt, Fördermittel und private Partner getragen wird. Als Gegenleistung verpflichten sich Start-Ups zur regionalen Bindung und dazu Gemeinwohlkriterien zu berücksichtigen.
- **Zusammenarbeit mit der Hochschule Niederrhein stärken:** Start-Ups profitieren von Wissen aus Forschung und Lehre, um ihre Ideen umsetzen zu können. Wir fordern deswegen eine engere Kooperation mit der Hochschule Niederrhein oder anderen Hochschulen, damit Forschung und Gründung sich besser austauschen können. Somit wird die lokale Wirtschaft gestärkt und es werden Anreize für Studienabgängen geboten, nach ihrem Abschluss in Mönchengladbach zu bleiben.

Best Practice: Berlin – Factory Berlin

Mit der Factory hat Berlin ein Gründerökosystem geschaffen, das Start-ups, Unternehmen und Forschungseinrichtungen miteinander vernetzt. Beratung, Finanzierung und Infrastruktur an einem Ort machen Gründungen einfacher und Wissen wird zentral ausgetauscht.

Gestärkte Sicherheit in Mönchengladbach

Sicherheit ist ein Grundbedürfnis und Voraussetzung für eine freie, vielfältige Gesellschaft. Sie umfasst nicht nur den Schutz vor Kriminalität, sondern auch Vertrauen in den öffentlichen Raum und soziale Präventionsprogramme. Dabei verfolgen wir das Ziel „Prävention statt Bestrafung“ – Probleme sollten im Kern gelöst werden, um langfristige Lösungen zu finden.

Öffentlichen Raum sicherheitstechnisch gestalten

Unsicherheit entsteht nicht nur durch Straftaten, sondern oft durch vernachlässigte Orte, schlechte Beleuchtung oder fehlende soziale Präsenz. Stadtgestaltung ist deshalb ein wichtiger Teil der Sicherheitspolitik von der alle Bürger*innen profitieren.

Unsere Maßnahmen:

- **Mönchengladbach mehr ausleuchten:** Sicherheit beginnt mit Transparenz – deswegen fordern wir bessere Beleuchtung von Straßen, auf öffentlichen Plätzen und in Parkanlagen.
- **Geschwindigkeiten auf Straßen konsequenter regulieren:** Für die Sicherheit auf unseren Straßen braucht es effektive Kontrollen von Geschwindigkeiten. Wenn diese nicht baulich durch Fahrbahnschwellen oder Fahrbahnverengungen durchgeführt werden können, sollen mobile Geschwindigkeitsüberwachungen eingesetzt werden.
- **Öffentlichen Raum barrierefrei gestalten:** Öffentlicher Raum sollte für alle zugänglich sein, egal ob mit Rollstuhl, Kinderwagen oder Blindenstock. Aus diesem Grund fordern wir eine barrierefreie Umgestaltung öffentlicher Räume mit u. a. abgesenkten Bordsteinen, Bedarfsampeln an Schulen und Seniorenheimen sowie Sitzbänke mit Rücken- und Armlehnen.
- **Mönchengladbach sauber halten:** Laut dem „Broken Windows“ Prinzip müssen Stadtteile regelmäßig gepflegt und repariert werden, um Kriminalität vorzubeugen. Deswegen fordern wir, dass beim Bauen neuer öffentlicher Plätze Pflege und Reinigungen im Projekt mitbedacht und Investitionen dafür vorgehalten werden. Zusätzlich sollen Stellen, die besonders oft verdreckt sind, z. B. Parkanlagen während der Sommermonate, verstärkt gesäubert werden.
- **Drogenproblemen sozial entgegenkommen:** Wir fordern die Einrichtung von Drogenkonsumräumen in Mönchengladbach, um Suchterkrankten effiziente und humane Hilfe anbieten zu können. Mit der Einrichtung solcher Räumlichkeiten verringern wir zum einen die Kosten für medizinische Versorgung aufgrund von

risikoreichem Konsum. Zum anderen erhalten Suchterkrankte niederschwellige Hilfsangebote in Form von gesundheitlichen und psychosozialen Unterstützungen.

- **Einführung von „Stadt-Teams“:** Ergänzend zu bestehenden Hilfsangeboten, z. B. der mobilen Jugendarbeit, sollen interdisziplinäre „Stadt-Teams“ aufgebaut werden. Diese „Stadt-Teams“ bestehen aus Streetwork, Ordnungsdienst und Sozialarbeit sollen den Bürger*innen vor Ort niederschwellige Hilfen anbieten.
- **Sicherheitskonzepte je Stadtteil:** Um das Sicherheitsgefühl in Stadtteilen zu stärken, braucht es Informationen von Bürger*innen, die dort leben. Deswegen setzen wir uns für mehr Zusammenarbeit zwischen Anwohner*innen, Schulen und Vereinen bei den Sicherheitsplanungen der Stadtteile ein.
- **Feindlichkeit proaktiv begegnen:** Unterstützung von Programmen und Präventionsmaßnahmen gegen Extremismus, Hasskriminalität und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Diese Maßnahmen sollen in der Verwaltung, Schulen und an weiteren Orten des öffentlichen Interesses angeboten werden.

Best Practice: Rotterdam – Sicherer öffentlicher Raum

Rotterdam setzt bei der Gestaltung öffentlicher Plätze auf Licht, Sauberkeit und soziale Präsenz. In Kombination mit aktiver Einbindung der Nachbarschaften entsteht mehr Sicherheit – nicht durch Überwachung, sondern durch Gestaltung.

Kommunalen Ordnungsdienst modernisieren

Der Kommunale Ordnungs- und Servicedienst (KOS) spielt eine wichtige Rolle als „Gesicht der Stadt“ für die Bürger*innen. Damit er Sicherheit vermitteln kann, braucht es klare Werte im Umgang mit Bürger*innen, gute Ausstattung und Zusammenarbeit mit weiteren öffentlichen Institutionen.

Unsere Maßnahmen:

- **Präsenzteams je Stadtteil:** Mit der Umschichtung von Stellen innerhalb der Verwaltung wurden vier neue Stellen für den KOS generiert – eine positive Entwicklung, die Volt Mönchengladbach unterstützt. Wir möchten aber weiter gehen: Ergänzend zu der Einführung von Schichten an Sonn- und Feiertagen sollen Präsenzteams in Stadtteilen eingerichtet werden, die zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs sind.
- **Ausbildung neu denken:** Für die Ausübung der Arbeit innerhalb des KOS braucht es die richtigen Werkzeuge in Form von wissenschaftlich erarbeiteten sozialen Kompetenzen. Deswegen fordern wir eine Umstrukturierung der Ausbildung von Mitarbeitenden des KOS mit Fokus auf interkulturelle Kompetenzen, Deeskalation und Antidiskriminierung.
- **Unabhängige Anlaufstelle einrichten:** Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle, in welche Anliegen anonymisiert eingereicht werden können. Damit das Vertrauen in die Stadt gestärkt und Problemfälle unvoreingenommen bearbeitet werden können.
- **Zusammenarbeit von öffentlichen Institutionen ausbauen:**
Die Zusammenarbeit zwischen der Polizei, dem KOS und der Verwaltung soll ausgebaut

werden. Realisiert werden kann das über gemeinsame Projektgruppen oder durch das schnelle Austauschen von digitalen Daten.

- **Erweiterung Open-Data Konzept:** Auf bereits bestehenden Open-Data-Plattformen sollen zusätzlich kommunale Sicherheitsdaten veröffentlicht werden – zeitnah und in verständlicher Form.

Best Practice: Zürich – Kooperation statt Konfrontation

In Zürich arbeitet die Stadtverwaltung eng mit Sozialarbeit, Stadtentwicklung und Zivilgesellschaft zusammen. Statt Konfrontation setzt man auf Dialog, Transparenz und Vertrauen – ein Modell für moderne Ordnungspolitik.

Schlusswort

Mönchengladbach steht vor entscheidenden Jahren: Klimawandel, Digitalisierung, soziale Ungleichheit und die Frage nach bezahlbarem Wohnraum fordern uns heraus – aber sie eröffnen auch neue Chancen. Unsere Stadt kann mehr: Sie hat das Potenzial klimaneutral, sozial gerecht, digital vernetzt und wirtschaftlich stark zu werden. Damit wir weiterhin eine weltoffene und lebenswerte Stadt bleiben.

Volt Mönchengladbach zeigt Wege auf, wie wir diese Ziele gemeinsam erreichen können:

- Mit einer Mobilitätspolitik, die Bus, Bahn, Rad- und Fußverkehr stärkt und sichere Wege für alle garantiert.
- Mit einer Stadtentwicklung, die Grünflächen schützt, soziale Mischung sichert und neuen Wohnraum schafft.
- Mit einer Gesellschaft, die Vielfalt lebt, Teilhabe ermöglicht und niemanden zurücklässt.
- Mit einer Verwaltung, die digital, transparent und bürgernah arbeitet.
- Mit einer Wirtschaft, die nachhaltig, innovativ und krisenfest ist.
- Mit einer Sicherheitspolitik, die öffentlichen Raum barrierefrei gestaltet und Präventionen vor Bestrafung stellt.

Volt ist überzeugt: Politik darf nicht nur verwalten, sie muss gestalten. Wir stehen für ein neues, europäisch geprägtes Politikverständnis, das lokal ansetzt und international denkt. Gemeinsam mit den Menschen in Mönchengladbach wollen wir Lösungen schaffen, die wirken – Wissenschaftlich fundiert, realistisch und innovativ.

Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass unsere Stadt zu einem Ort wird, in dem alle gesehen, gehört und respektiert werden – heute und in Zukunft.

Volt Mönchengladbach – Mönchengladbach kann mehr.

Impressum

Volt Mönchengladbach

E-Mail: chantal.kelm@volteuropa.org

Handynummer: 0157 88794811

Soziale Medien:

Instagram: @Voltniederrhein

Internetseite:

<https://voltdeutschland.org/nrw/moenchengladbach>